

Träumst du noch oder lebst du schon?

*Adrian Stoica,
Beratungsstelle Arbeitnehmerfreizügigkeit
in Kiel*

Träumst du noch oder lebst du schon? Manch einer mag diesen Slogan eines Life-Planning Programms schon gehört haben – eine gute und berechtigte Frage.

Und ich kenne tatsächlich Menschen, die lange geträumt haben, dann aber aus ihrem Traum aufgewacht sind und das Leben neu anpacken wollten und zwar hier in Deutschland. Die meisten kommen aus Osteuropa, aber nicht ausschließlich. Sie wollten Armut, Elend, Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit entfliehen. Manche flüchteten vor Schmerz und Tod, aber alle hatten etwas gemeinsam: Sie wollten ein neues Leben beginnen, ihre Familien versorgen, ihren Kindern eine Zukunft bieten. Doch die wenigsten haben es geschafft. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Der Hauptgrund für das Scheitern im neuen Leben ist die fehlende Sprachkenntnis. Ohne die Fähigkeit zu kommunizieren haben sie keine Chance eine geregelte und angemessen entlohnte Arbeit zu bekommen. Sie haben auch keine Möglichkeit sich über die hiesigen Gepflogenheiten, über ihre Rechte und Pflichten als Arbeitnehmer*innen und ähnliches zu informieren. Dieser Wissenstand ist jedoch erforderlich, um nicht über die zahlreichen Fallstricke im Arbeitsleben zu fallen. In diesem Zustand der Unkenntnis sind sie prädestiniert für prekäre Arbeitsverhältnisse und leichte Beute für Firmen, die solche Menschen schamlos ausnutzen, um so ihren Profit zu steigern. Besonders die personalintensiven Branchen wie Reinigung, Fleischindustrie, Bauindustrie fallen in diesem Zusammenhang negativ auf.

Das Problem ist mittlerweile allgemein bekannt. Jedoch sind Lösungsvorschläge kaum verbreitet. Was kann man dagegen tun? Das Wichtigste ist die Verhältnisse in den Herkunftsländern nachhaltig zu verbessern. Viele Menschen, die kommen, tun dies aus der Not heraus. Die wenigsten verlassen freiwillig ihre

*Ausländische Arbeitnehmer*innen in prekären Arbeitsverhältnissen*

Familie, Freunde und Heimat. Sie tun dies, weil sie dort keine Perspektive für sich und ihre Kinder sehen. Wenn sich das ändern würde, würden die meisten in ihrer Heimat bleiben und viele, die schon hier sind, würden zurückkehren.

Rechte durchsetzen

Hilfreich wäre es auch, wenn man Arbeitnehmern*innen, die sich in prekären Arbeitsverhältnissen befinden, bei der Durchsetzung ihrer Rechte behilflich wäre. Eine Möglichkeit bestünde zum Beispiel darin, ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich bei arbeitsrechtlichen Streitigkeiten an mit Zusatzkompetenzen ausgestattete Behörden, zum Beispiel den Zoll oder die Arbeitsschutzbehörden, zu wenden. Diese würden wiederum Arbeitgeber*innen kontaktieren, die gegenüber der Behörde darlegen und beweisen müssten, warum etwaige Abweichungen zum Arbeitsvertrag entstanden und möglicherweise gerechtfertigt sind. Nach der derzeitigen Rechtslage müssen Kläger*innen, in den meisten Fällen die ausgebeuteten Arbeitnehmer*innen, jede einzelne geltend gemachte Forderung, also jede Abweichung von den vertraglichen und gesetzlichen Regelungen, vor Gericht beweisen. Dies ist in den meisten Fällen aber gar nicht möglich. Wenn keine Arbeitsverträge oder keine Kopien von den Zeiterfassungsbögen ausgehändigt werden, dann werden Arbeitnehmer*innen auch kaum die Möglichkeit haben, vor Gericht eine Lohnforderung, zum Beispiel für Überstunden, zu beweisen.

Es wäre doch viel sinnvoller, diese Beweispflicht den Arbeitgeber*innen aufzuerlegen. Für sie wäre die Beweisfüh-

**Es ist traurig mitanzusehen,
wie hilflose Menschen sich selbst überlassen
und den Profitmaximierungsphantasien von Teilen der
Wirtschaft als Opfer dargebracht werden.**

zung viel einfacher, da sie in Besitz aller nötigen Unterlagen sind. Und wenn sie sich dann noch gegenüber einer Behörde erklären müssten, wäre die Wahrscheinlichkeit, dass sie wider besseres Wissen handeln, sehr viel geringer. Für die betroffenen Arbeitnehmer*innen wäre das Prozesskostenrisiko geringer oder gleich Null und insgesamt wäre die Rechtsdurchsetzung viel effektiver. Beispiele aus anderen europäischen Ländern zeigen, dass dieser Weg erfolgreich gegangen werden kann.

Radikal umdenken

Nun werden einige einwenden, dass die Behörden ohnehin überfordert sind und nicht über genügend Personal verfügen, um auch noch solche Aufgaben zu übernehmen – und das ist auch richtig. Mit den jetzigen Mitteln wäre dies sicherlich nicht möglich. Wäre der politische Wille jedoch da, dieses bekannte Problem zu lösen, könnten sich auch die nötigen Mittel dafür finden. Aber selbst nur mit der Einführung einer Beweislastumkehr in arbeitsrechtli-

chen Rechtsstreitigkeiten ohne Übertragung der Kompetenz auf die Behörden, ließen sich zahlreiche gerichtliche Auseinandersetzungen zugunsten der betroffenen Arbeitnehmer*innen lösen.

Letzteres ist nur ein Beispiel dafür, was man allein durch ein paar Gesetzesänderungen erreichen könnte, ohne große Kosten zu verursachen. Es ist traurig mitanzusehen, wie hilflose Menschen sich selbst überlassen und den Profitmaximierungsphantasien von Teilen der Wirtschaft als Opfer dargebracht werden.

Es soll nicht verschwiegen werden, dass viele private und staatliche Initiativen und Projekte existieren, die sich für diese Menschen einsetzen, aber auch diese kommen gegen das System nicht an. Lediglich ein radikales transnationales Umdenken in allen betroffenen Staaten könnte dieses Problem lösen und den Menschen ein vielleicht nicht „traumhaftes“, jedenfalls aber ein angenehmes und zumindest ein menschenwürdiges Leben in den Herkunftsländern oder aber auch in Deutschland bieten.

